

**Horst Schmidbauer** (Nürnberg)

- (A) Ich denke, das sind die Folgen einer neoliberalen Gesundheitspolitik, die wir so nicht mehr fortsetzen wollen. Die Verantwortlichen müssen sich doch fragen lassen: Geht es noch um die Patienten oder nur um die Kassenlizenz, nur darum, mit dem Labor Geld zu drucken?

Wir sagen: Nein, das kann nicht angehen. Wir brauchen einen aktivierenden Staat und keinen Nachwächterstaat; denn wir müssen dafür sorgen, daß die Umstrukturierung in diesem Lande läuft. Wir haben zu viele Ärzte, die sich dem Existenzminimum nähern. Wir müssen davon wegkommen, daß nur einige wenige Ärzte kräftig einsacken. Wir müssen diesen Bereicherungsbazillus in Deutschland abtöten, damit wir letztendlich zu gerechten Vergütungen von Leistungen kommen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe das Gefühl, daß Sie uns zur Zeit mit Schlagwörtern wie „Globalbudget“ und „Rationierung“ in die Ecke treiben wollen. Wir sagen: Solange wir unwirtschaftliche Strukturen haben, die 20 bis 25 Milliarden DM kosten, haben wir die Verpflichtung, alles daranzusetzen, diese unwirtschaftlichen Strukturen aufzulösen und die dadurch gewonnenen Gelder gezielt dort einzusetzen, wo Unterversorgung herrscht.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich frage mich, wer denn diese **unwirtschaftlichen Strukturen** weiterhin gutheißen will. Noch zu Ihrer Zeit, unter der Verantwortung von Herrn Seehofer, wurde eine Qualitätssicherungsstudie in Auftrag gegeben, die die Gynäkologie und die Geburtshilfe betraf. Man muß sich einmal vor Augen halten, daß jede zweite Gebärmutterentfernung und mindestens 25 Prozent der Eierstockentfernungen in Deutschland nach diesem von Seehofer in Auftrag gegebenen Qualitätssicherungsgutachten überflüssig waren. Da geht es für mich um die Frage der Menschenwürde und um die Frage der Rechtsverletzungen, die damit einhergehen. Dahinter stecken aber natürlich auch die unwirtschaftlichen Strukturen. Ich frage: Wer entzieht sich der Verantwortung, beides in Ordnung bringen zu wollen, nämlich Unwirtschaftliches zu beseitigen und gleichzeitig die Qualität so zu sichern, daß wir sie auch akzeptieren können?

Ich glaube, wir müssen das Thema **Qualitätssicherung** in den Vordergrund stellen. Für uns muß Qualitätssicherung – das kann man im Gesetz der Koalition erkennen – gewährleisten, daß möglichst wenig Geld für Dinge verpulvert wird, die der Heilkunst nichts nutzen. Wir müssen das Geld so effizient wie möglich einsetzen. Dazu brauchen wir in diesem Gesetz eine Qualitätssicherung, die einen zentralen Charakter hat und diese doppelte Aufgabe wahrnimmt.

Ich denke, das ist der entscheidende Punkt, den wir umsetzen. Wir werden es nicht zulassen, daß 70 Millionen Kassenpatienten in eine Situation hineingezogen werden, welche die Qualitätssicherung vernachlässigt. Das ist nichts anderes als versuchte Geiselnahme. Wir

werden uns schützend vor die Patientinnen und Patienten stellen, damit sie nicht mißbraucht werden. (C)

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir werden dafür sorgen, daß sie objektiv über ihre Zukunft informiert werden, damit sie darüber abstimmen können, wie sie das in der Vergangenheit getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich aber am Schluß in meiner Bewertung zurückhalten. Ich möchte lieber einen Fachmann zitieren, der nicht im Verdacht steht, der rotgrünen Koalition besonders nahezustehen. Ich zitiere:

Was nun in den Umrissen sichtbar ist, bietet Aussicht auf eine wirkliche Reform des Gesundheitswesens, die auch für die Vertragsärzte neue Chancen eröffnet.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß KBV und KVen mit Fundamentalkritik ... antworten.

Diese Organisationen, die ihren Monopolcharakter verlieren, nicht jedoch ihre Zwangsmitglieder, sind die wahren Looser dieser Reform.

Für die Vertragsärzte entstehen dagegen neue Optionen: Sie können den Krankenkassen innovative, vernetzte Versorgungsformen anbieten und ohne die KV Verträge schließen. Die rotgrüne Koalition setzt damit bewußt auf die Reformfreudigkeit und Kreativität an der Versorgungsbasis, nachdem sich KBV und KVen über viele Jahre als viel zu schwerfällig erwiesen haben, notwendige Reformen anzupacken. (D)

Es wird auch Verlierer geben: die Ewiggestrigen, die Eigenbrötler, diejenigen, die nicht kooperationsfähig sind. Das ist die Soziallast der KVen, und die wird stärker spürbar.

Dieses Zitat stammt aus einem Kommentar unter dem Motto „Die Reform als Chance sehen“, verfaßt von Helmut Laschet, dem stellvertretenden Chefredakteur der „Ärzte-Zeitung“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Das Wort hat der Kollege Wolfgang Zöllner, CDU/CSU-Fraktion.

(Rudolf Dreßler [SPD]: Herr Zöllner, was sagen Sie zur „Ärzte-Zeitung“? Nehmen Sie doch einmal zu diesem Zitat Stellung!)

**Wolfgang Zöllner** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dreßler, ich gehe als erstes auf Sie ein. Sie forderten hier vorhin Alternativen der CDU/CSU. Dann frage ich Sie: Haben Sie ein so kurzes Gedächtnis, daß Sie nicht einmal mehr unser Gesetz von vor zwei Jahren kennen

(Dr. R. Werner Schuster [SPD]: Welches?)